Dezernat für Soziales und Integration, 23.04.2026, 51-2338

Beantwortung der Fragen der Linken (Drucks-Nr. 1039/2025-2030) zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.04.2026

Thema:

Sachstand zur Umsetzung inklusiver und barrierefreier Strukturen im Gesundheitswesen in Bielefeld

Beantwortung:

Im Rahmen der Kommunalen Inklusionsplanung kommt einem inklusiven und barrierefreien Gesundheitssystem eine wichtige Bedeutung zu. Der gleichberechtigte Zugang zu gesundheitlicher Versorgung ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und betrifft insbesondere Menschen mit Behinderungen, ältere Personen sowie weitere vulnerable Gruppen.

Die Einflussmöglichkeiten der Kommune sind in diesem Handlungsfeld jedoch begrenzt, da wesentliche strukturelle und rechtliche Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene festgelegt werden. Vor diesem Hintergrund besteht die Herausforderung darin, vorhandene kommunale Gestaltungsspielräume gezielt zu nutzen und gleichzeitig auf eine stärkere Abstimmung und Unterstützung durch übergeordnete Ebenen hinzuwirken. Entscheidend ist, dass das Thema Barrierefreiheit auf allen Ebenen immer mitgedacht wird.

In vielen Bereichen gibt es Verpflichtungen, so dass z.B. bei Neubauten die Barrierefreiheit zu beachten ist. Dies betrifft neue öffentliche Einrichtungen genauso wie z.B. Arztpraxen.
Auf der Internetseite der Kassenärztlichen Vereinigung besteht unter Arzt-/Psycho-therapeutensuche die Möglichkeit, die Barrierefreiheit anhand der Suchkriterien anzuwählen (Arzt- und Psychotherapeutensuche | KVWL | Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe).
Die Bielefelder Apotheken sind nahezu alle barrierefrei zugänglich.

Der Begriff „Barrieren“ ist aber weitläufiger zu fassen und nicht auf körperliche Einschränkungen zu reduzieren. In Bielefeld gibt es viele Bausteine, die einen gleichberichtigen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung unterstützen, aber auch zusätzliche Angebote. Diese werden im Folgenden erläutert:

Gynäkologische Versorgung von Frauen mit Behinderungen
Im Rahmen des Arbeitskreises „Sexualisierte Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen“ wurde bei einer Fachveranstaltung in Bielefeld ein deutlicher Handlungsbedarf in der gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Behinderungen festgestellt. Dieses Thema wird im Rahmen der Inklusionsplanung gemeinsam u.a. mit dem Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben OWL weiterbearbeitet werden. Dazu wird eine Projektgruppe ins Leben gerufen, deren erste Sitzung der Identifikation und Diskussion lokaler sowie überregionaler Möglichkeiten zur Verbesserung der gynäkologischen Versorgung in Bielefeld dient.
Eine adäquate gynäkologische Versorgung ist besonders wichtig für Frauen mit Behinderungen, da sie oft auf Barrieren stoßen, die den Zugang zu medizinischer Betreuung erschweren. Dazu zählen bauliche Hindernisse, fehlendes Fachwissen bei medizinischem Personal oder unzureichende Kommunikationsmöglichkeiten. Eine inklusive gynäkologische Versorgung trägt entscheidend dazu bei, Gesundheit, Selbstbestimmung und Lebensqualität zu sichern sowie präventive Maßnahmen, wie Früherkennung und Beratung, effektiv umzusetzen.

Humanitäre gynäkologische Sprechstunde
Im Gesundheitsamt gibt es eine anonyme, fachärztlich geleitete gynäkologische Sprechstunde. Sie richtet sich an medizinisch nicht versorgte Frauen jeden Alters, die sich in Bielefeld aufhalten und aufgrund von Sprachbarrieren, kulturellen Aspekten, fehlender Krankenversicherung, ggfs. auch gänzlich ohne Papiere keinen Zugang zum regulären Gesundheitswesen haben. Im Fokus

stehen dabei Frauen, die aus finanziellen Gründen, aus Angst vor Stigmatisierung, aus Schamgefühl, aus Angst vor Verfolgung oder auch aus möglicher Sorge vor (ihren Meldestatus betreffende) ordnungsrechtlichen Maßnahmen keine gynäkologischen Untersuchungen durchführen lassen (können).
Die Gynäkologische Sprechstunde ist Teil des Fachzentrums für sexuelle Gesundheit am Gesundheitsamt Bielefeld im einem umfangreichen Beratungs- und Testangebot.

Suchtprävention für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen
Im Förderzeitraum von Dezember 2023 bis Dezember 2024 wurden durch die Drogenberatung Bielefeld e.V. vielfältige Maßnahmen zur Suchtprävention für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen umgesetzt. Im Fokus standen insbesondere die Vernetzung von Behinderten- und Suchthilfe, der Aufbau von Fachwissen sowie die Entwicklung passgenauer Präventionsangebote.
Zentrale Bausteine waren Fachveranstaltungen, Netzwerktreffen, Fortbildungen und Präventionsworkshops in Förderschulen, die auf großes Interesse stießen und bestehende Wissenslücken sowie strukturelle Defizite deutlich machten. Besonders hervorgehoben wurden der Bedarf an barrierefreien Materialien, spezifischem Fachwissen und angepassten Unterstützungsangeboten. Zudem zeigte sich eine Versorgungslücke, insbesondere im Bereich FASD, sowie ein steigender Präventionsbedarf.
Für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen ist eine zielgerichtete Suchtprävention von großer Bedeutung, da sie aufgrund von eingeschränkter Wahrnehmung, fehlender Aufklärung und mangelnder Zugänglichkeit zu Unterstützungsangeboten ein erhöhtes Risiko für Suchtverhalten haben. Passgenaue Präventionsmaßnahmen fördern nicht nur die Gesundheit, sondern stärken auch die Selbstbestimmung und Teilhabe im Alltag.
Insgesamt wurde deutlich, dass eine intensivere Zusammenarbeit der Hilfesysteme sowie der Ausbau zielgruppenspezifischer Angebote notwendig sind. In 2025 wurde die Förderung daher verlängert, um die Maßnahmen fortzuführen und neue Arbeitsmaterialen für Suchtprävention mit Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen zusammenzustellen. Alle beteiligten Träger im Netzwerk haben sich bereits dazu verständigt, den regelmäßigen Austausch auch in 2026 fortzuführen.

Bielefelder Inklusionsdinner
Das vierte Inklusionsdinner findet am 17.06. von 17:30 bis 19:30 Uhr an der Hochschule Bielefeld unter dem Motto „Gesundheit und Wohlbefinden“ statt. Ziel der Veranstaltung ist es, Berührungsängste abzubauen und den Austausch über Barrieren und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen zu fördern.
In Kooperation mit dem Träger der Eingliederungshilfe „Gemeinsam Wohnen e.V.“ erwartet die Gäste ein Programm mit Mitmachaktionen, Praxistipps, Einblicken in die Ausbildung von Gesundheitsversorgern sowie Raum für persönlichen Austausch.
Gleichzeitig macht das Inklusionsdinner auf eine zentrale Herausforderung aufmerksam: Der Gesundheitssektor ist häufig noch nicht ausreichend sensibel im Umgang mit Menschen mit Behinderungen. Dies zeigt sich sowohl in strukturellen Barrieren als auch im zwischenmenschlichen Umgang. So berichten Betroffene beispielsweise davon, dass medizinisches Personal oft nicht direkt mit ihnen spricht, sondern ausschließlich mit Begleitpersonen kommuniziert – selbst wenn keine kognitive Einschränkung vorliegt. Auch mangelnde Barrierefreiheit in Praxen oder fehlende Kenntnisse im Umgang mit spezifischen Bedürfnissen (z. B. bei Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen) erschweren eine gleichberechtigte Versorgung.
Das Inklusionsdinner möchte genau hier ansetzen, für diese Problemlagen sensibilisieren und gemeinsam Lösungsansätze entwickeln, um eine respektvolle, zugängliche und inklusive Gesundheitsversorgung zu fördern.

Assistenzhundfreundliche Kommune
Im Rahmen des Bielefelder Netzwerkes „Assistenzhundfreundliche Kommune“ wird für den Sommer 2026 ein Impulstag geplant. Ziel der Veranstaltung ist es, insbesondere den Gesundheitssektor für die Belange von Menschen mit Assistenzhunden zu sensibilisieren und über bestehende Herausforderungen aufzuklären.
Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der Bekanntmachung der Zutrittskampagne, die darauf abzielt,

Assistenzhundeteams einen uneingeschränkten Zugang zu Arztpraxen, Kliniken und weiteren Einrichtungen des Gesundheitswesens zu ermöglichen.
Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Vertreterinnen und Vertreter aus dem Gesundheitssektor. Neben der Vermittlung rechtlicher Grundlagen werden praxisnahe Einblicke in den Alltag von Assistenzhundeteams gegeben sowie bestehende Barrieren und Unsicherheiten thematisiert.
Die Sensibilisierung des Gesundheitssektors ist von großer Bedeutung, da Menschen mit Behinderungen, die auf einen Assistenzhund angewiesen sind, häufig mit Zugangsverweigerungen oder Unklarheiten konfrontiert werden. Ein verbesserter Zugang trägt wesentlich zur gleichberechtigten Inanspruchnahme gesundheitlicher Versorgung, zur Selbstbestimmung sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe bei.

Fortbildung „Inklusive Medizin“ (Krankenhaus Mara)
Die Fortbildungsreihe „Inklusive Medizin“ der Universitätsklinik für Inklusive Medizin im Krankenhaus Mara richtet sich an Fachkräfte aus Medizin, Pflege, Therapie, Psychologie, Pädagogik sowie an Studierende und Wissenschaftler. Ziel ist es, spezifisches Wissen zur medizinischen Versorgung von Menschen mit Behinderungen zu vermitteln und den fachlichen Austausch zu fördern.
Die Veranstaltungen finden regelmäßig dienstags im Krankenhaus Mara in Bielefeld statt und sind zertifiziert (Ärztekammer Westfalen-Lippe). Neben fachlichen Vorträgen bietet die Reihe auch Gelegenheit zur Vernetzung, etwa durch anschließende informelle Treffen.
Inhaltlich deckt die Fortbildung ein breites Spektrum aktueller Themen der inklusiven Medizin ab. Dazu zählen unter anderem:
Umgang mit herausforderndem Verhalten bei Menschen mit Intelligenzminderung
Diagnostik und Therapie bei seltenen Erkrankungen
Lebensqualität und Autismus
Besonderheiten von Krebserkrankungen bei Menschen mit Behinderung
rehabilitative Ansätze sowie spezifische Krankheitsbilder (z. B. Dermatologie bei Trisomie 21)
Die Fortbildungsreihe verfolgt einen interdisziplinären Ansatz und verbindet klinische Praxis mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie trägt dazu bei, die Versorgung von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Sensibilität für deren besondere Bedürfnisse im Gesundheitssystem zu stärken.

Streetmed
Streetmed ist ein kostenloses Angebot der aufsuchenden Gesundheitsfürsorge und richtet sich an Menschen, die nicht krankenversichert sind und von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Das Angebot umfasst Beratung und Hilfestellung in Gesundheitsfragen, rudimentäre hausärztliche Versorgung sowie Behandlungspflege.
Neben der Sprechzeit in den Räumlichkeiten des Tagesaufenthaltes für wohnungslose Menschen werden die Betroffenen auch an ihren Aufenthaltsorten aufgesucht – beispielsweise auf der Straße oder an temporären Schlafplätzen.
Dieses niedrigschwellige Angebot ist besonders wichtig, da wohnungslose Menschen häufig keinen Zugang zu regulären medizinischen Versorgungsstrukturen haben. Durch Streetmed erhalten sie die Möglichkeit, gesundheitliche Probleme frühzeitig zu erkennen und zu behandeln, was ihre Lebensqualität, Selbstbestimmung und gesundheitliche Teilhabe erheblich verbessert.
Medizinische Basisversorgung im Drogenhilfezentrum
Die medizinische Basisversorgung im Drogenhilfezentrum richtet sich an Menschen mit Suchterkrankungen, die illegale Drogen konsumieren. Das Angebot ermöglicht eine anonyme und kostenfreie Akut- und Erstversorgung, insbesondere für Personen, die vom regulären medizinischen System schwer oder gar nicht erreicht werden.
Die Versorgung umfasst unter anderem Behandlung von Abszessen, Wundversorgung, Beratung zu gesundheitlichen Fragen, Durchführung von Schwangerschaftstests, Krisenintervention, medizinische Notfallhilfe, Beratung zur Infektionsprophylaxe sowie Informationen zu Behandlungsmöglichkeiten von HIV und Hepatitis C.
Ein niedrigschwelliger Zugang zur medizinischen Versorgung ist für diese Zielgruppe entscheidend, da er die gesundheitliche Selbstbestimmung stärkt, präventive Maßnahmen ermöglicht und akute Risiken für schwerwiegende Erkrankungen reduziert. Gleichzeitig fördert er die soziale Teilhabe und trägt dazu bei, dass Menschen mit Suchterkrankungen Zugang zu lebenswichtigen Gesundheitsdiensten erhalten.

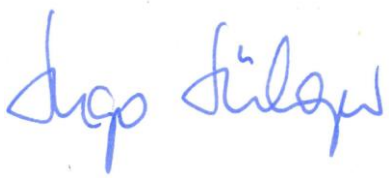
Gremienarbeit und strukturelle Vernetzung
Die Stadt Bielefeld ist aktiv in die Gremienstruktur der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) eingebunden und arbeitet mit deren Fachgruppen zusammen. Der Sozialpsychiatrische Dienst der Stadt wirkt etwa in der Sprecher:innengruppe des PSAG-Forums mit, das sechsmal jährlich als zentrales Informations- und Diskussionsforum der psychosozialen Versorgung zusammenkommt und rund 300 Einrichtungen und Personen vernetzt. Darüber hinaus kooperiert die Stadt mit weiteren Fachgruppen der PSAG, darunter das Netzwerk Migration und psychosoziale Versorgung, die Fachgruppe Kinder psychisch kranker Eltern (über den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes), die Fachgruppe Beratung und Therapie sowie das Netzwerk Jugend Arbeit psychische Gesundheit. Diese Gremien bringen Kliniken, Beratungsstellen, Jobcenter, Jugendamt, Eingliederungshilfeträger und weitere Leistungserbringer:innen regelmäßig zusammen und ermöglichen so eine abgestimmte, sektorübergreifende Versorgung.

Fachliche Vernetzung und Wissensvermittlung
Regelmäßige Formate wie der Fachtag der PSAG Gruppe Migration und psychosoziale Versorgung und die Woche der Seelischen Gesundheit – beide im Zwei-Jahres-Rhythmus ausgerichtet – stärken kontinuierlich die Zusammenarbeit der relevanten Akteure im Gesundheitswesen. Sie bringen Kliniken, Träger, niedergelassene Fachkräfte und weitere Leistungserbringer:innen zusammen, fördern den fachlichen Austausch zu aktuellen Versorgungsfragen und machen bestehende Angebote in der Stadtgesellschaft sichtbar. Dabei werden gezielt auch Themen aufgegriffen, die besondere Bedarfe und Zugangshürden betreffen – etwa die Versorgung von Menschen mit Migrationsgeschichte oder psychischen Erkrankungen. Die Woche der Seelischen Gesundheit leistet darüber hinaus einen spezifischen Beitrag zur kommunalen Gesundheitsprävention: Durch kostenfreie, niedrigschwellige und dezentral im Stadtgebiet verortete Veranstaltungen werden Menschen in ihren Lebenswelten erreicht, bevor Hilfebedarfe entstehen oder sich verfestigen. Indem das Thema psychische Gesundheit bewusst aus dem Fachkontext herausgelöst und in die breite Stadtgesellschaft getragen wird, werden sowohl soziale als auch informationelle Barrieren abgebaut, die einer frühzeitigen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen entgegenstehen.

Tischgespräche im Gemeindepsychiatrischen Verbund (GPV)
Für Menschen mit besonders komplexem Versorgungsbedarf, für die bislang keine passende Unterstützungsform gefunden werden konnte, werden im GPV strukturierte Fallkonferenzen – sogenannte Tischgespräche – durchgeführt. Je nach Bedarf werden Kliniken, der Sozialpsychiatrische Dienst, Träger der Eingliederungshilfe sowie der LWL als Leistungsträger einbezogen, um passgenaue, möglichst ambulante Lösungen zu entwickeln. Koordiniert wird das Format von der GPV-Projektkoordinatorin, die bei der Stadt angestellt ist. Es stellt sicher, dass Menschen mit komplexem Hilfebedarf nicht zwischen den Systemen verloren gehen.

Recovery College Bielefeld
Seit 2025 ergänzt das Recovery College die Versorgungslandschaft um ein niedrigschwelliges, inklusives Bildungsangebot für Menschen mit psychischen Krisenerfahrungen, deren Angehörige sowie interessierte Bürger:innen. Basierend auf dem Prinzip der Co-Produktion – der gleichberechtigten Zusammenarbeit von Fachkräften und Menschen mit eigener Erfahrung – trägt es zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen bei und stärkt die frühzeitige Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten, bevor spezialisierte Versorgungsstrukturen notwendig werden. Über das offene Kursangebot hinaus werden auch Inhouse-Schulungen für Fachkräfte in Einrichtungen angeboten, um inklusive und recovery-orientierte Haltungen direkt in die Praxis zu tragen. Darüber hinaus wird eine Zusammenarbeit mit der Hochschule (Medizinische Fakultät) angestrebt, um den Recovery-Ansatz und inklusive Strukturen bereits in der Ausbildung zukünftiger Fachkräfte zu verankern und so nachhaltig auf die Versorgungskultur im Gesundheitswesen einzuwirken. Das Recovery College wird aktuell überwiegend durch Fördermittel ermöglicht. Vor diesem Hintergrund stellt die Sicherung einer langfristigen und verlässlichen Finanzierung eine zentrale Voraussetzung für die nachhaltige Etablierung dieser Angebote dar.

Discovery College Bielefeld (in Planung)
Aufbauend auf diesen Strukturen ist ein jugendspezifisches Angebot für 12- bis 27-Jährige in Planung, das präventiv wirken und junge Menschen in vulnerablen Lebenslagen frühzeitig stärken soll – als niedrigschwelliger Zugang zum Hilfesystem, der Wartezeiten auf therapeutische Versorgung abmildert. Für die Umsetzung des Discovery Colleges wurden entsprechende Fördermittel beantragt. Insgesamt erfolgt die Entwicklung des Angebotes derzeit maßgeblich im Rahmen projektbezogener Förderstrukturen, sodass perspektivisch der Aufbau tragfähiger und langfristiger Finanzierungsmodelle von Bedeutung ist.



Ingo Nürnberger
(Erster Beigeordneter)